

Statement bei der Pressekonferenz „Heraus aus der Sackgasse – Eine Schule für alle!“

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Januar 2007 forderte die GEW Baden-Württemberg in einer Pressekonferenz ein Sofortprogramm für die Hauptschulen, dessen Ziel es war und ist, die Lern- und Arbeitssituation an den Hauptschulen des Landes kurzfristig zu verbessern.

Gleichzeitig haben wir die Landesregierung aufgefordert, endlich die Realität zur Kenntnis zu nehmen und die überfällige Lösung der Schulstrukturfrage in Angriff zu nehmen.

Seither ist einiges passiert:

- Ende April haben einhundert Schulleiterinnen und Schulleiter aus Oberschwaben, einer Region in Baden-Württemberg, die nicht gerade in dem Ruf steht, die Keimzelle sozialistischer Gleichmacherei zu sein, in einem offenen Brief an den baden-württembergischen Kultusminister die Überwindung des gegliederten Schulsystems gefordert mit dem Ziel, dass Kinder auch in Baden-Württemberg länger gemeinsam lernen können.

Auf diesen offenen Brief, der weit über Baden-Württemberg hinaus für große Aufmerksamkeit gesorgt hat und dessen Inhalt und Ziele mittlerweile von mehreren hundert Schulleiterinnen und Schulleitern in Baden-Württemberg, aber auch von vielen Organisationen unterstützt wird, hat der Kultusminister völlig unangemessen, aber irgendwie auch hilflos reagiert.

- Unter dem öffentlichen Druck, bedingt einerseits durch den Rückgang der Schülerinnen- und Schülerzahlen, andererseits aber auch durch die weiter zurückgehende Akzeptanz der Schulart Hauptschule, hat die Landesregierung von Baden-Württemberg Ende Juni ein so genanntes Stärkungsprogramm zur Hauptschule beschlossen. Es beinhaltet im Wesentlichen die Stärkung der Kernkompetenzen in den Klassen 5 - 7, die Einführung einer so genannten Kompetenzanalyse und die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Einstellung von pädagogischen Assistentinnen und Assistenten zur Unterstützung der Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern.

Unabhängig davon, ob man pädagogische Assistenten für sinnvoll hält oder nicht, sind Eingruppierung, Bezahlung und Arbeitsbedingungen dieser Assistentinnen und Assistenten so schlecht, dass wir ernsthaft bezweifeln, ob überhaupt geeignete und qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber bereit sind, diese befristete Arbeit zu übernehmen.

- Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden hat die Landesregierung Handlungsempfehlungen veröffentlicht zur Weiterentwicklung bzw. Erhaltung oder Nichterhaltung von Hauptschulstandorten. Auch dieses Papier bringt nicht wirklich etwas Neues – ganz im Gegenteil, es zementiert die bestehende Schulstruktur und lässt faktisch kaum Öffnungsmöglichkeiten oder flexible Lösungen vor Ort zu.

Insgesamt zeugt die Bildungspolitik der baden-württembergischen Landesregierung in Sachen Schulstruktur derzeit vor allem von großer Hilf- und Ratlosigkeit – man könnte auch niveaulos dazu sagen.

Dies wird auch in einem Schreiben deutlich, das der baden-württembergische Kultusminister am 6. November an die Oberbürgermeister und Bürgermeister der Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg verschickt hat.

Dort heißt es: „Hauptursache dieser Gesamtentwicklung ist die aufgrund der vorliegenden aktuellen Ist-Zahlen nach unten korrigierte Annahme zum jährlichen Wanderungsgewinn Baden-Württembergs. Außerdem ist für die Hauptschule die in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunkene Übergangsquote von besonderer Bedeutung. Hinzu kommt natürlich langfristig gesehen die anhaltend niedrige Geburtenrate. Diese demografische Entwicklung rechtfertigt jedoch in keiner Weise die Abschaffung der Hauptschule als eigenständige Schulart mit profiliertem Bildungsangebot. Sie bleibt eine Säule des dreigliedrigen Schulwesens in Baden-Württemberg.“

Und weiter unten in dem Brief heißt es: „Wir halten aus guten Gründen an der Hauptschule als eigenständige Schulart fest.“

Die Gründe für das Festhalten am gegliederten Schulwesen allerdings nennt Baden-Württembergs Kultusminister nicht.

Einen traurigen Tiefpunkt in der Schulstrukturdebatte lieferte der baden-württembergische Kultusminister bei einem Schulleitertag in der vergangenen Woche – nachzulesen in der Stuttgarter Zeitung vom 16. November 2007.

Ich zitiere: Doch der Kultusminister Helmut Rau bekräftigte beim Schulleitertag noch einmal sein Votum für die Hauptschule. Er untermauerte dies mit den Ergebnissen einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey. Diese habe ergeben, dass nicht die Schulstruktur oder die Größe der Klassen für den Lernerfolg entscheidend seien, sondern ausschließlich die Qualität der Lehrer.

Getoppt wurde diese Aussage noch vom Abteilungsleiter des Kultusministeriums, Ministerialdirigent Horstmann, der auf der gleichen Veranstaltung laut Stuttgarter Zeitung sagte, dass bereits jetzt zu viele Kinder auf einer Realschule oder einem Gymnasium sind, die da nicht hingehören.

Mit derartigen Sprüchen leisten der Kultusminister und seine Beamten keinen konstruktiven Beitrag zur Lösung der Schulstrukturfrage.

Ich frage deshalb die Landesregierung, wie tief die Übertrittsquote auf die Hauptschulen sinken muss, bis endlich politisch reagiert wird. – 25 %? 20 %, 15 % oder 10 %?

Fest steht, dass das im Juni 2007 verkündete Programm zur Stärkung der Hauptschule – das ist so sicher wie das Amen in der Kirche – den Niedergang des gegliederten Schulsystems nicht aufhalten, nicht einmal mehr verzögern wird.

Bemerkenswert ist, dass das gegliederte Schulsystem insbesondere von denjenigen so vehement verteidigt wird, die alles daran setzen, dass ihre eigenen Kinder eben nicht die Hauptschule besuchen müssen.

In wenigen Tagen wird die dritte PISA-Studie mit Schwerpunkt Naturwissenschaften veröffentlicht.

Aller Voraussicht nach wird sie bestätigen, was wir längst wissen:

1. In keinem vergleichbaren Land der Welt ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg so eng wie in Deutschland.
2. Die Zahl der Jugendlichen, die zur so genannten Risikogruppe gehören und die das allgemein bildende Schulsystem ohne Zukunftsperspektive verlassen, ist in Deutschland überdurchschnittlich hoch.
3. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die in Deutschland Spitzenleistungen erreichen, ist im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich.

An diesen deprimierenden Befunden ändert auch die Tatsache nichts, dass Baden-Württemberg im Bundesländervergleich relativ ordentlich abschneidet.

Dieses Ergebnis entsteht in einem System, das vorgibt, differenziert zu sein und allen Kindern und Jugendlichen die „begabungsgerechte“ Schule bereit zu stellen. Ich will auf die Fragwürdigkeit dieser Aussage nicht näher eingehen, die Kritik dazu ist hinlänglich bekannt.

Grundübel unseres Schulsystems ist die fragwürdige Verteilung der Kinder nach der 4. Grundschulklasse. Wer schon einmal selbst bei eigenen Kindern erlebt hat, was sich in der 3. und 4. Grundschulklasse abspielt, der weiß, wovon ich rede.

Deshalb setzt sich die GEW für längeres gemeinsames Lernen in einer Schule für alle ein.

Wir streiten für eine Schule, in der nicht Auslese, sondern individuelle Förderung im Mittelpunkt steht.

Wir streiten für eine Schule, in der der Umgang mit Vielfalt und Heterogenität eine Selbstverständlichkeit ist und in der niemand mehr sagen darf, dass dieses Kind nicht in diese Schule gehört.

Während sich in anderen Bundesländern – Schleswig-Holstein, Hamburg und zuletzt Rheinland-Pfalz – in der Schulstrukturfrage durchaus etwas bewegt, scheitert jede Reform in Baden-Württemberg an der ideologisch bornierten Haltung der Landesregierung.

Aber die Zahl derjenigen, die für längeres gemeinsames Lernen eintreten, nimmt auch in Baden-Württemberg zu. Das sind nicht nur die Schulleiterinnen und Schulleiter aus Oberschwaben, das ist auch der Baden-Württembergische Handwerkstag, viele Initiativen und Organisationen, die erfreulicherweise zu der Erkenntnis kommen, dass das gegliederte Schulsystem in seiner jetzigen Form keine Zukunft hat.

Ich fordere deshalb die Landesregierung von Baden-Württemberg auf, ihre Verweigerungshaltung endlich aufzugeben und sich der Schulstrukturfrage offensiv zu stellen.

Die GEW hat immer betont, dass wir auch Zwischenschritte akzeptieren, wenn sie im Ergebnis zu weniger Auslese, längerem gemeinsamen Lernen und zu besserer individueller Förderung führen.

Ich füge allerdings hinzu, dass das Problem nicht gelöst wird dadurch, dass Haupt- und Realschulen einfach nur zusammengelegt werden oder eben an einigen Standorten die kleine Gruppe der verbliebenen Hauptschülerinnen und Hauptschüler in die Realschule geschickt werden.

Dies ist keine Lösung – ganz im Gegenteil, es verschlimmert die Situation allenfalls.

Zwischenschritte sind aber dann möglich, wenn nicht einfach zusammengewürfelt wird, sondern wenn etwas Neues entsteht und das Ziel nicht aus den Augen verloren wird.

Die GEW Baden-Württemberg veranstaltet morgen an der Pädagogischen Hochschule in Ludwigsburg unter dem Thema „Heraus aus der Sackgasse – Eine Schule für alle!“ einen großen Bildungskongress.

Im Gegensatz zu den Jubelkongressen des Kultusministeriums, die regelmäßig an Wochentagen – also während der Unterrichtszeit – stattfinden und durch die eine Menge wertvoller Unterricht ausfällt, findet der Kongress der GEW an einem unterrichtsfreien Samstag statt. Trotzdem erwarten wir zwischen 700 und 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer – die Aula der Pädagogischen Hochschule wird aller Voraussicht nach aus allen Nähten platzen.

Neben Dr. Ernst Rösner vom Institut für Schulentwicklungsforschung an der Universität Dortmund, der die CDU-geführte

Landesregierung von Schleswig-Holstein in der Schulstrukturfrage beraten hat, und Prof. Karl Zenke, der sich in Baden-Württemberg und darüber hinaus einen Namen als engagierter Anwalt der Hauptschülerinnen und Hauptschüler gemacht hat, wird die Staatssekretärin des rheinland-pfälzischen Bildungsministeriums Frau Vera Reiß anwesend sein. Wir wollen bewusst den Blick über den baden-württembergischen Tellerrand hinaus richten und sind zuversichtlich, dass dieser Kongress durchaus einen Schub in der Schulstrukturdebatte in Baden-Württemberg auslöst.

Ich darf Sie alle zu diesem Kongress einladen und würde mich über Ihre Teilnahme freuen.

Ich streite jetzt in Baden-Württemberg als Lehrer und Gewerkschafter seit über 30 Jahren für eine andere, für eine bessere Schulstruktur und damit auch für eine bessere Schulkultur.

Ich gebe zu, dass unsere Bemühungen bis jetzt nicht wirklich erfolgreich waren – ganz im Gegenteil, in Baden-Württemberg wurden die Schulstrukturen in den zurückliegenden Jahren eher zementiert und die Schularten haben sich gegeneinander abgeschottet statt miteinander zu kooperieren.

Dennoch bin ich überzeugt davon, dass das gegliederte Schulwesen in seiner jetzigen Form keine Überlebenschance hat und auch in unserem Bundesland in den nächsten Jahren eine schulstrukturelle Veränderung unumgänglich ist. Voraussetzung dafür ist aber die Bereitschaft, sich von den ideologischen Debatten der 60er und 70er Jahre endlich zu lösen, denn wir leben heute im Jahr 2007 und nicht mehr im vorigen Jahrhundert. Dazu fordere ich die Landesregierung von Baden-Württemberg auf.